

# BÜNDNISPOST



Februar 2010

Mitgliederzeitung vom:  
Kreisverband Bautzen  
[www.gruene-bautzen.de](http://www.gruene-bautzen.de)

## EINLADUNG ZUR MITGLIEDERVERSAMMLUNG

Liebe Mitglieder, liebe Sympathisanten,  
wir laden Euch recht herzlich zu unserer zweiten Mitgliederversammlung im Jahr 2010 ein. Diese findet am Freitag, den 19.03.2010, um 19 Uhr im Cafe-Restaurant-Pension „Am Schloßpark“ in Pulsnitz statt. Neben der notwendigen Satzungsänderung wollen wir auch über den geplanten Anbau von Gen-Mais in der Region sprechen. Unser Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Formalia
2. Aktuelles zum Thema Gen-Mais-Anbau in der Region
3. Satzungsänderungen (siehe Rückseite der BP)

4. Bericht über die Oberbürgermeisterwahl in Bischofswerda
5. Bericht aus den kommunalen Parlamenten
6. Jahresplanung, Sonstiges

Wegbeschreibung:

Autobahn Dresden – Görlitz , Abfahrt Lepersdorf, in Richtung Zentrum Pulsnitz,  
=> rechts Richtung Großröhrsdorf, auf der Großröhrsdorfer Straße rechts, ca. Ende Schlossmauer,  
=> links „Am Schloßpark“  
Autobahn Görlitz – Dresden, Abfahrt Ohorn in Richtung Pulsnitz dann  
=> links Richtung Radeberg, Zentrum, => links Richtung Großröhrsdorf, auf der Großröhrsdorfer Straße rechts ca. Ende Schlossmauer,  
=> links „Am Schloßpark“

## WAHLKAMPF IN SCHIEBOCK



Keine Streitkultur, keine Konzepte, kein Charisma: das ist es, was Amtsinhaber Andreas Erler am 10. Februar beim Kandidatenduell im Kulturhaus offenbart hat. Schon die erste Frage nach seinen Motiven für die Kandidatur beantwortet er kaum befriedigend. Von einem Blatt Papier liest er vermeintliche Erfolge seiner Amtszeit samt Jahreszahl vor und schweift auch davon immer wieder ab. Nach ermüdenden Minuten ist er fertig und schließt mit einem emotionslosen „und daran möchte ich zukünftig anknüpfen“. Vorbei jede Hoffnung, dass vielleicht sogar er bemerkt haben könnte, dass sich in Bischofswerda dringend etwas ändern muss. Stattdessen scheint er zufrieden damit zu sein, wie sich Bischofswerda unter seiner Führung entwickelt hat. Konzepte für eine bessere Zukunft unserer Stadt hat er jedenfalls keine vorgelegt. Anders als sein Heraus-

forderer, OB-Kandidat Jens Krauß. Souverän, sympathisch und sichtlich gut informiert über das, woran es in Bischofswerda krankt, hat er Lösungsvorschläge geliefert, die optimistisch in eine neue Zukunft für Schiebock blicken lassen. Vielleicht hat er nach Sicht der CDU zu viele Sympathien auf seiner Seite, vielleicht weiß Erlers Partei auch, dass Jens Krauß einfach der bessere Kandidat ist. Um die Wahl dennoch zu gewinnen, greift die CDU auf schmutzige Mittel zurück und verteilt heimlich anonyme Briefe, in denen sie Jens Krauß diffamiert. Statt wie Jens Krauß mit den Menschen über Sachthemen zu diskutieren und ernsthaft auf Veränderungen in der Stadt hinzuwirken, glauben Erlers Parteifreunde, dass wir Bischofswerdaer uns von solchen und anderen unlauteren Vorgängen täuschen lassen. (SPD BIW)

## WER KEINE GENMANIPULIERTEN PFLANZEN VOR DER HAUSTÜR WILL, MUSS SICH DAGEGEN WEHREN

Kurz vor der Aussaat 2009 wurde in Deutschland die EU-weite Zulassung für Bt-Mais MON810 ausgesetzt. Dennoch haben mehrere sächsische Landwirte wieder Flächen für den Anbau des Genmaises beim Standortregister des Bundesamts für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) angemeldet. Dort werden die Meldungen derzeit "unter Vorbehalt" entgegen genommen. Michael Weichert, agrarpolitischer Sprecher der GRÜNEN-Landtagsfraktion hat nachgerechnet: "Aktuell handelt es sich sachsenweit um 550 Hektar Fläche, auf der Landwirte Genmais der Sorte Mon810 anbauen wollen. Damit ist Sachsen bundesweit trauriger Spitzenreiter, denn insgesamt wurden in Deutschland etwas über 1000 Hektar angemeldet."

Laut Weichert stammen die meisten Anmeldungen aus der Umgebung von Pulsnitz. Geht es nach dem Willen einiger Landwirte, könnten dort bald auf 142 Hektar genmanipulierte Maispflanzen wachsen.

"Die Bevölkerung sollte sich dagegen wehren, hier zu Versuchskaninchen gemacht zu werden. Die Risiken des Anbaus von MON810 für die menschliche Gesundheit und die Umwelt wurden bisher nicht ausreichend untersucht. Noch immer gibt es konkrete Hinweise auf eine Gefährdung von Bienen, von nützlichen Insekten und der Ökologie von Gewässern. Auch zur Gefährdung der Gesundheit liegen neue Studien vor, die zeigen, dass der gentechnisch veränderte Mais dazu beitragen kann, Immunkrankheiten auszulösen." (Mdl Michael Weichert, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)



## "MODELLREGION ELEKTROMOBILITÄT SACHSEN" - OHNE ERNEUERBARE ENERGIEN?

Sachsen ist eine von acht Modellregionen, die Geld für den Ausbau der Elektromobilität aus dem Konjunkturpaket II bekommen sollen. Koordinator ist die SAENA. Aber was ist bisher passiert? Bisher gibt es nur die Information, dass für

Leipzig und Dresden je 13 Hybridbusse bestellt werden sollen. Am 24. Februar findet in Dresden eine Fachtagung der SAENA zur Modellregion statt. Auch dort steht kein Gesamtkonzept auf der Tagesordnung und die Erneuerbaren Energien sind kein Thema. Elektromobilität hat das Image der Umweltfreundlichkeit. Sie ist aber nicht automatisch umweltfreundlich. Die entscheidende Frage ist: Woher kommt der Strom? Wenn der Strom für Elektromobilität in konventioneller Weise aus Braunkohle erzeugt wird, schaden wir dem Klima weiter wie bisher. Deshalb haben wir in einen Antrag in das Parlament eingebracht, der die Staatsregierung auffordert, endlich ihre Ziele und eine Strategie bis 2020 darzulegen. Doch CDU/FDP halten das für "Spekulation" und wollen sich lediglich mit einem Bericht zum "Ist-Stand" zufriedengeben. (Jan Stoye)

## ÄRZTEMANGEL: STAATSREGIERUNG VERWEIGERT BEDARFSPLANUNG NACH NEUEN RICHTLINIEN

Das Thema Ärztemangel gehört seit Jahren zu den Dauerbrennern im Sächsischen Landtag. Trotz zahlreicher Bemühungen diesem Problem zu begegnen, wächst die Zahl der fehlenden Ärzte von Jahr zu Jahr – insbesondere auf dem Land, wo sich Praxen kaum noch „rechnen“. Die Vermutung liegt nahe, dass bei der bisherigen Behandlung des Problems sowohl Diagnose als auch Rezepte fehlerhaft sind. Welcher Fehler in der Diagnose steckt, ging der GRÜNEN Gesundheitspolitikerin Annekathrin Giegegack auf, als sie vor einigen Wochen auf eine Kleine Anfrage lesen musste, dass die Bestandsaufnahme für den Bedarf an Ärzten in Sachsen trotz einer 2008 geänderten Richtlinie immer noch auf der Richtlinie des Jahres 1990 er-

folgt. Diese geht lediglich von der wenig aussagekräftigen Arzt-Einwohner-Relation aus. "In vielen Planungsbereichen in Sachsen herrscht deshalb theoretisch eine Überversorgung", führte Annekathrin Giegengack aus. Folgen dieser theoretischen Überversorgung sind, dass sich Ärzte gar nicht erst niederlassen dürfen bzw. in überversorgten Gebieten mit Honorareinbußen rechnen müssen. Es liegt auf der Hand, dass damit die unterschiedlichen Versuche der Staatsregierung zur Ärzteansiedlung hilfloses Herumdoktern an Symptomen sind, ohne an die Ursache zu gehen. Naheliegender war deshalb die Forderung der GRÜNEN die geänderte Richtlinie, die neben der Einwohnerzahl auch die infrastrukturelle Anbindung, das ambulante Angebot der Krankenhäuser, Alter der Ärzte, deren Tätigkeitsfeld sowie die Bevölkerungsstruktur unter die Lupe nimmt, endlich anzuwenden. Da der zuständige Landesausschuss der Ärzte und Krankenkassen dem bis jetzt nicht nachgekommen ist, muss, so die GRÜNEN, die Staatsregierung endlich ihrer Aufsichtspflicht nachkommen und eine neue Bedarfsplanung verlangen. Diesem nachvollziehbaren Anliegen verschlossen sich jedoch sowohl CDU als auch Sozialministerin Christine Clauß (CDU). Sie ziehen es offensichtlich vor, sich hinsichtlich des Ärztemangels weiter im Kreis zu drehen. Bei dieser Haltung verwundert es kaum, dass auch der deutliche Hinweis der GRÜNEN Gesundheitspolitikerin Giegengack auf die Gesetzeslage verpuffte: "Es ist doch ganz klar geregelt. Der Landesausschuss hat auf der Grundlage der Richtlinie einen Bedarfsplan zur vertragsärztlichen Versorgung aufzustellen und der jeweiligen Entwicklung anzupassen. Er kann sich nicht die Paragraphen der Richtlinie aussuchen und nur das umsetzen, was ihm in den Kram passt." Doch selbst die FDP, vor der Wahl noch neben vielem an-

deren, die große Vorkämpferin gegen Ärztemangel, sah keine Notwendigkeit zum Handeln. Potentielle Patienten können sich momentan nur weiter in Geduld üben – aber daran sind sie beim monatelangen Warten auf Termine ja geübt. (MdL Annekathrin Giegengack, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## RAUS AUS DER ARMUTSFALLE!

Die Berechnung der Hartz-IV-Sätze ist verfassungswidrig. Es besteht jedoch nicht nur Handlungsbedarf bei den Leistungen, sondern die Hartz-IV Gesetzgebung muss so reformiert werden, dass ein Gleichgewicht zwischen Fördern und Fordern der Erwerbslosen besteht, mehr öffentlich geförderte Beschäftigung geschaffen wird und eine individuelle Grundsicherung unabhängig von Bedarfsgemeinschaften gegeben ist. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dass die Hartz-IV-Sätze kein menschenwürdiges Leben zulassen und diese damit verfassungswidrig sind. Die Bundesregierung steht nun in der Pflicht, die Berechnung der Leistungen auf eine neue Grundlage zu stellen und eine Neuregelung bis Jahresende umzusetzen. Für die GRÜNEN gilt: Wer ohne Erwerbsarbeit ist oder sich aus anderen Gründen in einer Notlage befindet, muss ein Leben in Würde und Selbstbestimmung führen und sich auf eine armutsfeste Existenzsicherung verlassen können. Das Urteil des Bundesverfassungsgericht zeigt nun, dass ein solches menschenwürdiges Leben von den Hartz-IV-Leistungen nicht möglich ist und Handlungsbedarf besteht.

Das Ziel der Hartz-IV-Gesetzgebung war ursprünglich ein ganz anderes: Als die rot-grüne Regierung im Jahr 2002 plante, Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenzulegen, sollte das ein erster Schritt zu



einer sozialen Grundsicherung für alle sein. Rot-Grün wollte zum einen die Sozialhilfeempfänger aus der unheilvollen Spirale von Alimentierung, Untätigkeit und weiterem sozialem Abstieg befreien. Zum anderen folgte die Reformidee der Erkenntnis, dass es nicht länger Aufgabe des Sozialstaates sein kann, über mehrere Jahre den Lebensstandard von Langzeitarbeitslosen – unabhängig von der Höhe - zu sichern. Dies hatte die bisherige Arbeitslosenhilfe getan, die sich am letzten Einkommen orientierte. Dieses Ziel wurde nicht erreicht. CDU/CSU und FDP nutzen ihre Mehrheit im Bundesrat, um das Hartz-IV-Gesetz erheblich zu verschärfen. Nach 2005 beschloss die Große Koalition weitere Verschärfungen und zerstörte endgültig die Balance aus Fördern und Fordern.

Die GRÜNEN fordern die Weiterentwick-

lung des ALG II zu einer echten Grundsicherung

1. Die Regelleistung für einen alleinstehenden Erwachsenen muss mindestens auf 420 Euro angehoben und in regelmäßigen Abständen angepasst werden.
2. Für Kinder und Jugendliche muss es eigenständige Regelsätze geben, die ihren tatsächlichen entwicklungsbedingten Bedarf berücksichtigen.
3. Bedarfsgemeinschaften, die vor allem Frauen benachteiligen und eine finanzielle Abhängigkeit zementieren, sollen abgeschafft und die Leistungsansprüche für jeden Hilfebedürftigen unabhängig vom Familienstand berechnet werden.
4. ALG-II-Empfänger müssen bessere Möglichkeiten haben, sich Geld dazuzuverdienen. Gleichzeitig sind aber auch

verbindliche Mindestlöhne von 7,50 Euro nötig, damit der Niedriglohnsektor nicht weiter wächst und die Löhne mittels Arbeitslosengeld II aufgestockt werden müssen.

5. Die Jobcenter müssen erhalten bleiben, um Hilfe aus einer Hand bieten zu können. Deswegen setzen sich die GRÜNEN für eine Grundgesetzänderung ein. Die Abstimmung von arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Maßnahmen ist für eine erfolgreiche Integration wichtig.

6. Den rund 400.000 Langzeitarbeitslosen muss mit öffentlich geförderter Beschäftigung ein Zugang zum Arbeitsleben geschaffen werden.

7. Statt Verwaltung von Arbeitslosigkeit bedarf es qualifizierte Hilfe mit dem Ziel, den Betroffenen dauerhaft ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen.

#### Keine Sanktionen ohne Förderung

Die von Hessens Ministerpräsident Roland Koch im Januar provozierte Debatte, es müsse von Strafen für arbeitsunwillige Erwerbslose stärker Gebrauch gemacht werden, läuft in dieser Hinsicht genau in die falsche Richtung. Die markigen Worte lenken davon ab, dass vielerorts die Erwerbslosen einfach nur verwaltet werden. Die GRÜNEN fordern deswegen ein individuelles Fallmanagement. Die Hilfebedürftigen müssen zwischen Maßnahmen wählen können. Statt jährlich eine Milliarde Euro für meist sinnlose Ein-Euro-Jobs auszugeben, muss dieses Geld in die schulische und berufliche Qualifikation Arbeitsuchender fließen. Gehen die Leistungs-Träger nicht auf Fähigkeiten, Wünsche und Wahlrecht der Hilfebedürftigen ein, dürfen keine Sanktionen verhängt werden. Solange nur gefordert und nicht gefördert wird, darf es keine Strafen geben.(Bundespartei)

## KOSTENLOSE BERATUNG

Im Rahmen des Klimaprojektes "für mich. für dich. fürs klima." gibt es eine kostenlose Beratung beim VCD rund um das Thema klimabewusste Mobilität. Also, falls ihr Fragen habt wie:

- Welches Auto ist besonders klimaschonend?
- Lohnt sich für mich eine BahnCard 25 oder eine BahnCard 50?
- Worauf sollte ich beim Kauf eines Fahrrades achten?
- Ist ein Pedelec (Fahrrad mit Motor) für mich geeignet?
- Soll ich mein Auto abschaffen und stattdessen CarSharing nutzen?

Ruft einfach 0800 - 20 30 900 an! Beratung und Telefonat ist kostenlos! Zu erreichen sind die Experten immer Mo/ Mi/ Fr: 9 - 15 Uhr und Di/ Do: 13 - 18 Uhr. Weitere Informationen auch gern unter [www.verbraucherfuersklima.de](http://www.verbraucherfuersklima.de)

## GRÜN QUALIFIZIEREN

Du bist zwischen 18 und 35 Jahre alt? Du würdest gerne wissen, wie du deine politischen Anliegen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (besser) umsetzen kannst? Dann ist unser Trainee-Programm wie für dich gemacht! Wir bieten 20 jungen Leuten im Rahmen unseres Trainee-Programms die Gelegenheit, neben Ausbildung, Studium oder Beruf von erfahrenen GRÜNEN PolitikerInnen auf Bundes- oder Landesebene intensiv das politische Handwerkszeug zu erlernen. Die Trainees können ihren MentorInnen über die Schulter schauen, sie zu diversen politischen Veranstaltungen und Terminen begleiten und mit ihrer Unterstützung ein eigenes politisches Projekt umsetzen. Zum Trainee-Programm gehören außerdem: drei Wochenendseminare, die Vernetzung und enge Zusammenarbeit mit den anderen Trainees, die gemeinsame Präsentation der Projekte am Ende des

Programms und ein zweiwöchiges Praktikum. Wir erwarten von den BewerberInnen: starkes Interesse an GRÜNER Politik, ausgeprägte Kommunikations- und Teamfähigkeit, Eigeninitiative und Belastbarkeit. Voraussetzungen für die Teilnahme am Trainee-Programm von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind:

- Formlose, schriftliche Bewerbung mit Lebenslauf und einem konkreten Projektvorschlag, der während der Traineezeit realisiert werden soll.
- Teilnahme an allen drei Seminaren (verpflichtend):
  - 26.- 28.03.2010 Kennenlernen, Projektplanung und Teambildung
  - 07.- 09.05.2010 Projekt- und Zeitmanagement
  - 26.- 28.11.2010 Projektpräsentation und Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
- ca. 10 Std./Woche für die Realisierung des eigenen Projekts
- zwei Wochen Vollzeitpraktikum (fakultativ)

Die Teilnahme am Traineeprogramm wird zum Abschluss schriftlich bestätigt und mit einem Zertifikat für die besuchten Seminare sowie einem Begleitschreiben der jeweiligen MentorInnen ergänzt. Am Trainee-Programm nehmen insgesamt maximal 20 Trainees teil. Die Teilnahme am Programm selbst und an den Seminaren (inklusive Verpflegung und Übernachtung) ist kostenlos, es wird aber keine Vergütung o.ä. gezahlt. Leider können wir auch anfallende Fahrtkosten nur in begründetem Ausnahmefall übernehmen.

Bewerbungsschluss: 28. Februar 2010

Bewerbung an:

Steffi Lemke

Politische Bundesgeschäftsführerin von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bundesgeschäftsstelle

Platz vor dem Neuen Tor 1

10115 Berlin

E-mail: [nachwuchspolitik@gruene.de](mailto:nachwuchspolitik@gruene.de)



## TAG DER REGIONEN

Der bundesweite Aktionstag Tag der Regionen macht Werbung für die Stärke der Regionen. Jedes Jahr am Erntedanksonntag und einem Aktionszeitraum von jeweils einer Woche davor und danach präsentiert er eindrucksvoll die Chancen regionaler Wirtschaftskreisläufe. Veranstalter des Aktionstages sind die Akteure in den Regionen, koordiniert und öffentlichkeitswirksam nach außen getragen wird der Tag der Regionen von den beiden Bundeskoordinationsstellen sowie den Länderbüros. Regionales Wirtschaften und die Bewahrung einer regionalen Identität sind wesentliche Säulen für den Bestand einer intakten auf Nachhaltigkeit ausgerichteten Gesellschaft.(TDR)

Das ERSTE VORBEREITUNGSTREFFEN findet am 25.Februar um 18 Uhr im Grünen Laden statt. Wir wollen das Projekt vorstellen und erste Ideen für den Tag der Regionen 2010 in Bautzen sammeln. Jeder, der sich bei diesem Projekt einbringen möchte ist herzlich eingeladen an Vorbereitungstreffen teilzunehmen.

Domenico Gruhn

## TERMINÜBERSICHT

**22.02.** Vorbereitungstreffen für die nächste Stadtratssitzung (17:30 Uhr, Grüner Laden)

**23.02.** Ausstellungseröffnung Grüner Laden (19.00 Uhr, Grüner Laden)

**25.02.** Vorbereitungstreffen für den Tag der Regionen (18 Uhr, Grüner Laden)

**03.03.** Stammtisch des Sozialforums (18 Uhr, Grüner Laden)

**Anfang März** (Termin wird nachgereicht) wollen wir uns mit dem Verantwortlichen des Kreises über die neue Abfallsatzung unterhalten

**19.03.** Mitgliederversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN KV Bautzen (siehe Einladung)

weitere Termine unter:

[www.gruene-bautzen.de](http://www.gruene-bautzen.de)

## EINLADUNG

Am Dienstag, den **23. Februar**, wird um **19:00 Uhr** die Ausstellung der jungen Künstlerin Sarah Wiczak im Grünen Laden eröffnet. Im Regionalbüro der Landtagsabgeordneten von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, Antje Hermenau, wird der Bautzener Kunststudentin Raum gegeben, einen Querschnitt ihres Schaffens zu zeigen.

Umrahmt wird die Eröffnung von Mitgliedern der Bautzner Band Wolkenflug, die sich auf deutschsprachige Musik aus dem Genre der Liedermacher spezialisiert hat. Die Ausstellung ist bis zum 31. März jeweils Mo.-Fr. von 14 bis 18 Uhr geöffnet.

## Impressum Bündnispost

Die Bündnispost ist die Mitgliederzeitung des Kreisverbandes Bautzen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Redaktion: Domenico Gruhn (V.i.S.d.P.)  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers, nicht unbedingt der Redaktion dar.

Gedruckt auf 100% Altpapier  
Satz und Typo: Scribus 1.3.6 (opensource)

Kontakt unter:  
Bündnispost/Domenico Gruhn  
An der Petrikirche 5, 02625 Bautzen  
Tel.: 0174 / 367 13 96  
E-Mail: [presse@gruene-bautzen.de](mailto:presse@gruene-bautzen.de)

## SATZUNGSÄNDERUNG

Der Vorstand von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN Kreisverband Bautzen schlägt folgende Satzungsänderung vor:

§ 6 Die Mitgliederversammlung (MV), 2. Sie tagt mindestens zweimal im Jahr, davon einmal im Jahr als Jahreshauptversammlung. Diese wird vom Vorstand schriftlich (Mitgliederzeitung, Brief, **Fax** oder E-Mail), mit einer Frist von 14 Tagen, (.) IST ZU ÄNDERN IN:

§ 6 Die Mitgliederversammlung (MV), 2. Sie tagt mindestens zweimal im Jahr, davon einmal im Jahr als Jahreshauptversammlung. Diese wird vom Vorstand schriftlich (Mitgliederzeitung, Brief, **SMS** oder E-Mail), mit einer Frist von 14 Tagen, (.)

§ 6 Die Mitgliederversammlung (MV), 5. Die Mitgliederversammlung ist bei ordnungsgemäßer Einberufung beschlussfähig, wenn zumindest **acht Mitglieder** anwesend sind. IST ZU ÄNDERN IN:

§ 6 Die Mitgliederversammlung (MV), 5. Die Mitgliederversammlung ist bei ordnungsgemäßer Einberufung beschlussfähig, wenn **mindestens 10% aller Mitglieder des Kreisverbandes** anwesend sind.